Vorwort

Weltpolitisch wie auch migrationspolitisch stehen wir derzeit an einem Wendepunkt: Nicht weniger als der internationale Frieden, die Zukunft der so genannten westlichen Wertegemeinschaft mit den USA stehen auf dem Spiel. Zugleich geraten auch in Europa wesentliche menschenrechtliche Errungenschaften unserer Nachkriegsordnung unter Rechtfertigungs- und Überlebensdruck. Nationale „Lösungen“ und Alleingänge werden in vielen Politikfeldern zur Regel – in kaum einem Feld so verdichtet wie in der Migrationspolitik.

Darüber hinaus ist auf europäischer Ebene eine wachsende formale wie faktische Akzeptanz weitreichender Einschränkungen des Rechts auf Asyl zu beobachten. In Deutschland werden – begleitet von politischen Forderungen nach einer vollständigen Abschaffung des individuellen Asylrechts oder gar nach einem Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention – grundlegende menschenrechtliche Prinzipien offen in Frage gestellt. Eine auf der Würde des Menschen aufbauende Migrationspolitik muss in dieser Situation neu verteidigt und proaktiv vertreten werden.

Vor dem Hintergrund eines zunehmend als migrationsskeptisch präsentierten gesellschaftlichen Klimas, in dem die Diskussionen um die Asylpolitik dominieren und damit ein großer Teil der Migration nach Deutschland ignoriert wird, haben die von Personen aus dem Asylbereich begangenen Gewalttaten in Solingen, Magdeburg, Aschaffenburg, München und Berlin auch den vorgezogenen Bundestagswahlkampf

maßgeblich geprägt. Das Ergebnis ist ein Koalitionsvertrag, der der Begrenzung von „illegaler“ Migration (die auch wieder im Aufenthaltsgesetz festgeschrieben wurde) deutliche Priorität einräumt. Dabei wird auch die Verhinderung legaler Migration zu anderen als Arbeitszwecken verstärkt in den Blick genommen und eingeschränkt oder temporär ausgeschlossen. Trotz des klaren Bekenntnisses zum Grundrecht auf Asyl im Koalitionsvertrag geht es auch hier es bei vielen Vorhaben ans menschenrechtlich und rechtsstaatlich „Eingemachte“ – angefangen bei den Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den deutschen Grenzen bis hin zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten oder der Abschaffung des verpflichtenden Rechtsbeistands in Abschiebungshaftverfahren. Gleichzeitig soll Deutschland laut Koalitionsvertrag weiterhin ein weltoffenes und einwanderungsfreundliches Land bleiben. Unter anderem sollen die Fachkräfteeinwanderung vorangetrieben, mehr in Integration investiert, Hürden für Asylsuchende bei der Beschäftigungsaufnahme abgebaut werden. Ob und inwieweit diese widersprüchlichen Zielsetzungen in der Praxis umgesetzt und miteinander vereint werden können, bleibt abzuwarten.

Entsprechend intensiv diskutierten bei den Hohenheimer Tagen zum Migrationsrecht im Mai 2025 rund 300 Vertreter:innen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Rechtsprechung, NGOs und den Kirchen aktuelle migrationspolitische Entwicklungen aus verschiedenen und mitunter kontroversen Perspektiven. Im Fokus der Tagung, die in diesem Jahr ihr 40-jähriges Bestehen beging, standen die Pläne der neuen Bundesregierung. Auch zahlreiche Dauer- und Zukunftsthemen wie die Klimamigration, die Lage in Syrien, die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sowie Strategien gegen Rassismus in Zeiten erstarkenden Rechtspopulismus und -extremismus fanden Eingang in die Tagung und die Diskussionen.

Die Beiträge in diesem E-Journal Beiträge basieren auf Vorträgen, die von den Referierenden gehalten und für die Publikation aufbereitet wurden. Sie widmen sich unter anderem aktuellen Fragen der Abschiebungshaft, der menschenrechtlichen Ausgestaltung des Aufenthaltsrechts so-

wie Aspekten geschlechtergerechter Gesetzgebung. Damit geben sie einen repräsentativen Einblick in die Breite und Tiefe der auf der Tagung geführten Diskussionen. Sie legen Zeugnis ab von dem gemeinsamen Bemühen um eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik – eine solche ist gerade angesichts der gegenwärtigen politischen Großwetterlage notwendig. Denn nur eine solche Perspektive kann angesichts der anfangs geschilderten größeren Herausforderungen auf der globalen Ebene eine wertebasierte Grundlage für eine gelingende Migrationspolitik in den Blick nehmen und aktuell halten. Das Ziel der Tagung und der Beiträge ist es, jenseits der aktuellen Tendenz zur Symbolpolitik, einen auf praktische Themenstellungen ausgerichteten Diskurs zu ermöglichen.

Freiburg, Speyer und Stuttgart, im Juli 2025
Constantin Hruschka, Constanze Janda und Konstanze Jüngling